

Dokumentation

Außenpolitik

Karsten Giese

Antisatellitenwaffen zur Verhinderung von Weltraumaufrüstung

Am 11. Januar 2007 testete das chinesische Militär erstmals erfolgreich den Abschuss eines Satelliten. Ziel einer in den Morgenstunden abgefeuerten chinesischen Mittelstreckenrakete war ein eigener, außer Betrieb gegangener Wettersatellit in einer Umlaufbahn in 850 km Höhe. Das Ergebnis des Tests war die vollständige Zerstörung des künstlichen Himmelskörpers – und eine fliegende Schutthalde, bestehend aus geschätzten mehr als 1.000 Bruchstücken von mehr als 10 cm Durchmesser und weiteren 50.000 Trümmerteilen, die eine Größe von mehr als 1 cm Durchmesser aufweisen. Diese Satellitentrümmer werden voraussichtlich über die nächsten Jahrzehnte im Orbit verbleiben und eine zusätzliche Gefahrenquelle für die bemannte wie auch die unbemannte Raumfahrt bilden.

Abgesehen von diesen negativen Nebeneffekten liegt die Brisanz des chinesischen Tests insbesondere darin, dass auch US-amerikanische Aufklärungssatelliten die Erde in ähnlicher Höhe umkreisen und somit durch chinesische Militärtechnologie verwundbar geworden sind. Entsprechend ablehnend fielen die Reaktionen aus Washington und seitens der Verbündeten der USA aus. Aus Militärkreisen wurde die

Einschätzung laut, China trage damit zur Destabilisierung des Kräftegleichgewichts bei und mache die USA hier verwundbar. US-Vizepräsident Cheney kommentierte den chinesischen Test während eines Besuchs in Australien mit der Bemerkung, sowohl der Test als auch die allgemeine Aufrüstung Chinas strafen die chinesischen Beteuerungen der Friedfertigkeit Lügen. Ähnliche Einschätzungen kamen erwartungsgemäß aus Japan, während von der deutschen EU-Präsidentschaft bedauert wurde, dass der Abschusstest nicht in Einklang mit den internationalen Bemühungen zur Verhinderung eines Wettrüstens im All stehe und die Sicherheit im Weltraum aushöhle.

Irritierend war die Tatsache, dass die chinesische Regierung sich bis zum 23. Januar jedwedem Kommentars enthielt, was unterschiedlichste Spekulationen über Motive und Ziele des chinesischen Tests einer Antisatellitenwaffe zum gegenwärtigen Zeitpunkt ins Kraut schießen ließ. Einige Kommentatoren mutmaßten gar, die chinesische Regierung selbst sei über den bevorstehenden Test vom eigenen Militär nicht hinreichend informiert gewesen. Darauf wurde von der chinesischen Regierung ebenso wenig eingegangen wie auf Einzelheiten des Tests. Der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao erklärte noch Mitte März dazu befragt nur stereotyp, der Test sei nicht gegen eine andere Nation gerichtet gewesen, stellte keine Bedrohung dar und hätte keine internationalen Verträge verletzt. China sei nach wie vor, so Wen weiter, gegen einen Rüstungswettlauf im All.

Obwohl der Zeitpunkt des Tests bei Tageslicht darauf hindeutet, dass sich das chinesische Militär einer fortgeschrittenen optischen Zielsuchttechnologie bediente, handelt es sich militärisch nicht um einen wirklichen Durchbruch. Jede Nation, die über Mittelstreckenraketen verfügt, dürfte theoretisch auch in der Lage sein, Satelliten abzuschießen. US-amerikanische Militärexperten teilten diese Ansicht offensichtlich trotz harscher Kritik aus dem Pentagon. Allerdings wurde den USA als dominanter Macht im Weltraum mit dem erfolgreichen chinesischen Satellitenabschuss auch deutlich vor Augen geführt, dass sie hier zukünftig militärisch verwundbar sein werden. Das macht eine weitere Militarisierung des erdnahen Weltraums eher wahrscheinlicher. Doch stehen der bislang ausgebliebenen Stationierung von Waffensystemen im All auch andere Alternativen gegenüber. Neben der Härtung der Satellithüllen, die nur bedingt Schutz bieten kann, besteht die Option, die Manövrierfähigkeit der künstlichen Himmelskörper zu erhöhen, um Geschossen auszuweichen. Andere Möglichkeiten existieren, sofern die Verwundbarkeit der Satelliten akzeptiert würde. Als Alternative könnten im lokal begrenzten Krisen- oder Kriegsfall Satelliten temporär in niedrigen Umlaufbahnen eingesetzt werden oder deren Aufgaben auch von hoch fliegenden Flugzeugen übernommen werden. Den chinesischen Kapazitäten zur Zertörung von Satelliten wird demnach nur die Qualität einer Störung eingeräumt, nicht jedoch die einer militärisch entscheidenden Bedrohung.

Worum geht es Beijing also? Die wahrscheinlichste Interpretation dürfte sein,

dass China damit demonstrieren wollte, den Aufbau des von den USA geplanten Antiraketensystems im All – und insbesondere dessen Ausweitung auf Asien – nicht widerstandslos hinzunehmen. Ein solches System, das, gelenkt aus dem Orbit, anfliegende Langstreckenraketen zerstören könnte, würde in erster Linie die chinesischen Kapazitäten für einen atomaren Zweitschlag vernichten und damit auch die gesamte chinesische atomare Abschreckung zunichte machen, die sich auf einige wenige Raketen stützt, die die USA erreichen könnten. China ist nicht gewillt, tatenlos zuzuschauen, während sich die USA zur uneingeschränkten Supermacht auch im All entwickeln. Aus Militärkreisen hieß es denn auch Ende Januar, eine Supermacht im Weltall werde unweigerlich Gesellschaft bekommen, und China werde nicht die einzige Macht sein, die dafür sorgen werde.

Auch die Überraschung über den Test auf Seiten der USA erweist sich bei näherem Hinsehen so als wenig überzeugend. Chinesische Militärstrategen hatten lange vor dem jetzt durchgeführten Test darauf hingewiesen, dass man Kapazitäten aufbauen wolle, die es China ermöglichen, Satelliten abzuschießen. Auch von einer asymmetrischen Kriegsführung gegen einen besser ausgerüsteten potenziellen Gegner war in der jüngeren Vergangenheit mehrfach die Rede. Unumstritten dürfte auch sein, dass China ein Interesse daran hat, eine Abwehr gegen eine US-amerikanische Aufklärung aus dem Weltall aufzubauen, der es bislang schutzlos ausgeliefert war. Schließlich dürften die USA selbst den Anlass für eine forcierte Entwicklung entsprechender Waffentechnologien in China gegeben haben. So

hatte die Regierung Bush im August 2006 eine neue Weltraumpolitik eingeläutet, in deren Rahmen sich die USA zukünftig alle Rechte, Möglichkeiten und Freiheiten für Handlungen im Weltall vorbehalten und anderen im Gegenzug das Recht auf die Entwicklung entsprechender Kapazitäten bzw. analoge Handlungsfreiheit im Weltall verwehren wollen, sofern dies den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten schaden könnte.

Aus chinesischer Sicht dürften Verhandlungen über einen internationalen Vertrag zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltall, wie ihn die Volksrepublik gemeinsam mit Russland bereits vor einigen Jahren im Rahmen der Vereinten Nationen vorgeschlagen hatte, die erfolgversprechendste Option zur Verhinderung einer uneingeschränkten militärischen Vormachtstellung der USA im All sein. China hat bislang – durchaus glaubwürdig – immer auf dem Standpunkt beharrt, ein Wettrüsten im All sei tunlichst zu verhindern. Da sich die USA bislang jedoch im Rahmen der Bush-Doktrin jeder Verhandlung über ein entsprechendes Abkommen verweigerten, spricht einiges dafür, das ein Ziel des chinesischen Antisatellitentests ein Signal an die Vereinigten Staaten war, ein internationaler Vertrag könnte auch ihren Interessen mehr entgegenkommen als ein Wettrüsten mit all seinen möglichen destabilisierenden Effekten. (IHT, 26.1., 7.2.07; FAZ, 27.1.07; SCMP, 27.1., 2.2.07, ST, 30.1., 2., 14., 23.2., 28.2., 5., 13.; 17.3.07, WSJ, 16.3.07; Xinhua, 30.1.07, nach BBC PF, 31.1.07; *The Economist*, 27.1.07)

NVK, Außenpolitik und Soft Power

Außenpolitik war bislang traditionsgemäß kaum Thema einer Sitzungsperiode des Nationalen Volkskongresses. Auch die zwei Sitzungen des 10. NVK im März 2007 bildeten hier prinzipiell keine Ausnahme. Und doch spielten die Funktion des NVK in der chinesischen Außenpolitik, der Einfluss chinesischer Innenpolitik auf die Außenpolitik und die Integration beider Politikbereiche zumindest am Rande eine Rolle.

In seinem Arbeitsbericht des NVK informierte Wu Bangguo über die Außenbeziehungen des Nationalen Volkskongresses, die er als wichtigen Bestandteil der diplomatischen Anstrengungen Chinas bezeichnete. Dem Bericht zufolge empfing der NVK im Jahr 2006 insgesamt 90 parlamentarische Delegationen aus 56 Ländern, während das chinesische Parlament selbst Abordnungen in 30 Staaten und Regionen entsendete. Von besonderer Bedeutung seien in diesem Zusammenhang regelmäßige Austauschmechanismen, die inzwischen mit den Parlamenten von acht Staaten bestünden. Bereits seit längerem bestanden derartige Austausch- und Besuchsprogramme mit der Europäischen Union sowie mit Russland und dem Senat und Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika. Im Jahr 2006 konnten weitere derartige Programme auf unterschiedlichen Ebenen mit Südafrika, Südkorea, Indien, Australien, Ägypten, Brasilien, Chile und Japan institutionalisiert werden, während NVK und Europäisches Parlament bereits ihr 23. gemeinsames Treffen veranstalteten.

Von besonderer Bedeutung waren Wu

Bangguos Ausführungen zufolge sowohl die Stärkung der Austauschbeziehungen zu den Parlamenten benachbarter Staaten als auch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Parlamenten von Entwicklungsländern. Der Ständige Ausschuss des NVK war hierbei insbesondere darum bemüht, seine Kommunikationsinstrumente den verschiedenen Zielgruppen anzupassen, um diesen adäquat die chinesische Innen- und Außenpolitik nahe zu bringen, der Welt den chinesischen friedlichen Entwicklungskurs zu vermitteln und Chinas Engagement zur Errichtung einer Harmonischen Welt zu erklären. Wu betonte, dass es damit gelang, das Verständnis und die Akzeptanz für die chinesische Politik zu stärken. Erheblich dazu beigetragen habe die Tatsache, dass man die Verbreitung von Informationen über die Medien verbessert habe.

Obwohl der Begriff in den offiziellen Dokumenten nicht auftauchte, stellte Xinhua zufolge außenpolitische Soft Power ein zentrales Thema dar. Der NVK-Delegierte und Philosophieprofessor Peng Fuchung wird in diesem Zusammenhang exemplarisch mit den Worten zitiert, man dürfe die Wichtigkeit von Soft Power keineswegs unterschätzen, da das Wirtschaftswunder nur ein Aspekt des Aufstiegs Chinas auf der Weltbühne sei. China ist demnach bemüht, seinen Einfluss in der Welt durch Diplomatie und eine Verbesserung seines Images zu erweitern. Dafür gibt auch der von Wen Jiabao vorgetragene Arbeitsbericht der Regierung entsprechende Anhaltspunkte. In der Budgetplanung für 2007 ist so etwa eine Steigerung der so genannten Ausgaben für diplomatische Aktivitäten um gut

37% auf 23 Mrd. CNY vorgesehen. Die Finanzmittel sollen dabei in erster Linie für Hilfsprogramme, friedensbewahrende Operationen und steigende Mitgliedsbeiträge Chinas in internationalen Organisationen dienen.

Im Zusammenhang mit dem Aufbau von Soft-Power-Kapazitäten werden aber auch innenpolitische Maßnahmen wie die Abschaffung von Schulgebühren für 150 Mio. Grund- und Mittelschüler oder die Erhöhung des Kulturetats um knapp 24% auf 12,3 Mrd. CNY genannt. Kommentatoren der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua sprechen von einer Integration von Innenpolitik und Diplomatie, um Chinas Zielvorstellung einer Harmonischen Welt zu propagieren. NVK-Delegierte werden mit Einschätzungen zitiert wie: Eine harmonische Welt und eine harmonische Gesellschaft in China seien komplementär, und eine entsprechende Entwicklung Chinas im Innern sei im Interesse der Welt und nütze dem Weltfrieden.

Für den Aufbau chinesischen Einflusses und entsprechender Soft Power stehen nach Einschätzung von NVK-Delegierten jedoch auch große Hürden im Wege. Dazu zählen insbesondere Probleme im wirtschaftlichen Bereich wie etwa der chinesische Handelsüberschuss, die Frage des Umtauschkurses der chinesischen Staatswährung oder Probleme im Hinblick auf den Schutz geistigen Eigentums, da aus wirtschaftlichen Friktionen schnell politische werden könnten. Für die notwendige Verbesserung des nationalen Images im Sinne der Soft Power sei es darüber hinaus notwendig, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu gewährleisten und Antworten

auf Fragen der Einsparung von Energie und der Reduzierung von Emissionen zu finden. Aber auch die kleinen Dinge dürfen keineswegs vernachlässigt werden, bestimmten diese doch häufig nachhaltig das Bild, das sich die Welt von China mache. NVK-Delegierte riefen daher im Vorfeld der Olympischen Spiele in China 2008 dazu auf, gegen den Verzehr von bedrohten Tierarten auf offiziellen Banketten vorzugehen und auch die so genannten Neuen Vier Übel – Spucken, Rauchen, Vordrängeln und Fluchen bei Sportveranstaltungen – effektiv auszumerzen. Man räumt allerdings ein, das China auf dem Weg zu Soft-Power-Kapazitäten, die der wirtschaftlichen Macht des Landes vergleichbar sind, noch einen weiten Weg zu gehen habe. (XNA, 11.3.07, nach BBC PF, 12.3.07; XNA, 14.3.07, 15.3.07)

China und Afrika – Schattenseiten werden sichtbar

Der chinesische Präsident Hu Jintao wollte erneut ein Zeichen für die Wichtigkeit setzen, die China der Kooperation mit dem afrikanischen Kontinent einräumt. Seine erste Auslandsreise im Jahr 2007 führte ihn am 30. Januar für zwölf Tage nach Kamerun, Liberia, Sambia, Namibia, Südafrika, Mosambik, in den Sudan und auf die Seychellen. Den Worten des chinesischen Außenministers Li Zhaoxing zufolge, war die Reise ein großer Erfolg und ein großes Ereignis im Hinblick auf die Förderung der freundlichen und kooperativen Beziehungen Chinas zu Afrika im Gefolge des Beijing Summit im November letzten Jahres. Die von Hu erreichten Erfolge werden weitreichenden Einfluss auf die zu-

künftige Entwicklung der Beziehungen zu den besuchten afrikanischen Ländern haben, mit denen während der Reise mehr als 50 neue Kooperationsabkommen unterzeichnet werden konnten, so der chinesische Außenminister weiter. Afrikanische Führer hätten die Besuche Hu Jintaos in ihren Ländern während der Rundreise als historischen Besuch oder Meilenstein bezeichnet.

Die Euphorie über die Auftritte Hus und die chinesische Präsenz in Afrika sind jedoch auch dort selbst keineswegs ungeteilt. So wurden Mitarbeiter chinesischer Erdölgesellschaften in Nigeria – diesmal nicht Ziel der Reise – wiederholt Opfer von Angriffen und Entführungen. Damit teilen chinesische Firmen mittlerweile das Schicksal US-amerikanischer Ölmultis, die zum Inbegriff der Ausplünderung des Landes geworden waren. In Namibia kritisieren insbesondere Vertreter der politischen Opposition die Tatsache, dass chinesischen Geschäftsleuten Zugang zum eigenen Markt gewährt wird, wodurch sie beispielsweise in direkte Konkurrenz zu einheimischen Händlern treten, die sie mit billigen Preisen für chinesische Waren verdrängen. Die Modalitäten der ökonomischen Zusammenarbeit müssten somit noch einmal überdacht werden, hieß es von Seiten der Opposition.

In Sambia war die Regierung zwar voll des Lobs für den chinesischen Gast und die chinesische Afrika-Politik. Dennoch sah sie sich gezwungen, die Reisepläne Hu Jintaos kurzfristig stark zu verändern. Ein Besuch des chinesischen Präsidenten in den von chinesischen Firmen betriebenen Kupferminen im Norden des Landes wurde aus Furcht vor angekündigten Protesten gegen

die Ausbeutung sambischer Arbeiter durch die chinesischen Arbeitgeber kurzerhand abgesagt. Mindestens zweimal war es in den vergangenen Jahren vor dem Hintergrund mangelhafter Sicherheitsvorkehrungen und wiederholter Unfälle zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen chinesischen Betreibern und örtlichen Arbeitskräften gekommen, in deren Verlauf auch von Schusswaffen Gebrauch gemacht worden sein soll.

Der wachsende ökonomische Einfluss Chinas war denn auch bereits Wahlkampfthema in Sambia. Und auch die derzeitige sambische Regierung ist trotz aller positiver Einschätzungen nicht frei von Kritik an China. Zwar beschenkte Hu Jintao Sambia mit der Zusage von Investitionen im Umfang von 800 Mio. USD für das Kupfergebiet Chambeshi und dem Erlass von knapp 8 Mio. USD Staatsschulden. Zuvor hatte der sambische Präsident Levy Mwanawasa die weiteren Wirtschaftsbeziehungen zu China von dessen Bereitschaft zum Technologietransfer abhängig gemacht. Wie lange Schuldenerlass und Investitionen diese Forderung verstummen lassen, bleibt fraglich.

In Südafrika sieht sich China gar dem Vorwurf des Neokolonialismus ausgesetzt, vorgetragen u.a. vom südafrikanischen Präsidenten Mbeki. China, so der prominente Kritiker, beute zwar in kolonialer Manier die Bodenschätze des Kontinents aus, lasse die Lieferländer jedoch nicht auch an deren Veredelung und somit an größerem Mehrwert teilhaben. Die chinesische Wirtschaftsoffensive könne nur von gegenseitigem Nutzen sein, sofern China nicht einseitige Handelsbeziehungen nach dem Vorbild der Kolonialzeit wieder aufleben las-

se. Der Schutz der einheimischen Textilindustrie vor billigen chinesischen Importen durch die Verhängung von Quoten im vergangenen Jahr dürfte hier nur der Auftakt größerer Friktionen zwischen China und der selbstbewussten afrikanischen Macht sein. (FAZ, 7.2.07; SCMP, 5.2.07; XNA, 29.1., 11.2.07; Xinhua, 4.2.07, nach BBC PF, 5.2.07; ZNBC Radio 2, 3.2.07, nach BBC PF, 5.2.07; Namibian Broadcasting Corporation TV, 29.1.07, nach BBC PF, 1.2.07)

Beginn schwieriger Verhandlungen mit der EU

Bereits im vergangenen Jahr hatten sich die Europäische Union und China darauf geeinigt, dass angesichts der rasanten Entwicklung der Volksrepublik die Beziehungen zwischen der EU und dem Land auf eine neue Basis gestellt werden müssen, da der im Jahr 1985 besiegelte Vertrag über Handelsbeziehungen nicht mehr der veränderten Situation gerecht wird. Am 17. Januar 2007 weilte die EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner zu einer ersten Gesprächsrunde in Beijing. In einer ersten Stellungnahme sagte sie, beide Seiten müssten ihre Beziehungen fortentwickeln und auf eine höhere Stufe stellen. In diesem Zusammenhang äußerte Ferrero-Waldner nicht zuletzt die Hoffnung, China werde sich davon überzeugen lassen, gemeinsam mit der EU an der Verbesserung der Energieeffizienz, der Verringerung des Öl- und Gasverbrauchs sowie an der Reduzierung der Emission von Treibhausgasen zu arbeiten. Die EU sei bereit, China insbesondere bei der Entwicklung umweltschonenderer Kohletechnologien zu unterstützen.

Die chinesische Regierung ist bislang wenig gewillt, sich auf bindende Reduktionsziele festlegen zu lassen und begründet dies mit dem Fehlen notwendiger Technologien sowie mit der Armut seiner Bevölkerung. Aus dem chinesischen Außenministerium wurde später vielmehr verlautbart, die Industriestaaten trügen die Verantwortung für den Klimawandel und seien somit aufgerufen, bei der Reduzierung der Schadstoffemissionen voranzugehen, bevor China seinen Beitrag leiste, wozu es allerdings durchaus bereit sei.

Obwohl chinesische Wissenschaftler die Beziehungen zwischen der EU und China insgesamt positiv bewerten und eine bevorstehende Phase geprägt von größerer Vitalität und Pragmatismus voraussehen, geht man auf Seiten der Europäischen Union allgemein davon aus, dass die Verhandlungen über ein neues Grundsatzertragswerk mindestens ein bis zwei Jahre in Anspruch nehmen werden. Die größten Stolpersteine, die – hier auch der chinesische Hinweis auf bilateralen Pragmatismus – beseitigt werden müssen, sind aus chinesischer Sicht das Waffenembargo und die ausstehende Anerkennung Chinas als vollwertige Marktwirtschaft. Leichter scheint man auf anderen Gebieten voranzukommen. So wurden während des Besuchs Ferrero-Waldners Vereinbarungen unterzeichnet, die zu gemeinsamen Projekten im Zusammenhang mit der Verbesserung des Schutzes von Patenten und anderer geistigen Eigentumsrechte in China führen sollen. (FAZ, 7.2.07; WSJ, 18.1.07; Xinhua, 26.3.07, nach BBC PF, 29.3.07)

Sechs-Parteien-Gespräche gehen in die sechste Runde

Am 8. Februar 2007 wurden die Gespräche der sechs mit der Frage der Denuklearisierung befassten Staaten in Beijing offiziell wieder aufgenommen. Vorausgegangen waren bilaterale Verhandlungen zwischen Nordkorea und den USA ohne chinesisches Zutun. Darin war als Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Sechsergespräche die Frage der US-Finanzsanktionen im Prinzip geklärt worden. Beide Seiten hatten sich darauf verständigt, dass die USA unter bestimmten Umständen bereit sein würden, die eingefrorenen Guthaben Nordkoreas in Höhe von 13 Mio. USD bei der Banco Delta Asia in Macau freizugeben. Dieser Kompromiss, der zur Wiederaufnahme der multilateralen Verhandlungen Anfang Februar geführt hatte, wurde in der offiziellen Sprachregelung Chinas mit Rücksicht auf die USA als „useful engagement“ bezeichnet.

Die Tatsache, dass China an den vorbereitenden Gesprächen nicht beteiligt worden war, interpretieren einige Beobachter in der Weise, dass Beijing an Einfluss auf den Verhandlungsprozess verliert. Auch die weiteren chinesischen Einflussmöglichkeiten auf Nordkorea selbst werden zunehmend in Zweifel gezogen. In einem sehr deutlichen Kommentar sprach der nordkoreanische stellvertretende Außenminister während eines Besuchs in den USA vor Korea-Spezialisten davon, China würde Nordkorea lediglich zu eigenen Zwecken ausnutzen wollen. Großen Einfluss auf die Politik Nordkoreas habe Beijing jedoch nicht. Trotz dieser starken Worte,

die gemeinhin als deutliche Forderung an die USA zu direkten Verhandlungen interpretiert wurde, dürfte Beijing weiterhin eine wichtige Rolle in dem Prozess zufallen. Dies gilt im gegenwärtigen Stadium der Implementierung der am 13. Februar erreichten Kompromisse über die nächsten Schritte nicht zuletzt, weil der Bank of China die Rolle zufällt, die Übertragung der nordkoreanischen Guthaben bei der Banco Delta Asia nach Nordkorea abzuwickeln. Die Bank of China blockierte diesen Plan zunächst mit dem Hinweis auf nicht näher bezeichnete Bedenken. Die chinesische Regierung attestierte der Bank Entscheidungsautonomie im Rahmen der in China bestehenden sozialistischen Marktwirtschaft, sicherte aber zu, sie wolle sich bemühen, diese Vorbehalte auszuräumen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Am 19. März gingen die Sechs-Parteien-Gespräche schließlich in die sechste Runde, in der es vornehmlich um die Umsetzung der gefundenen Kompromisse gehen wird. Schritt für Schritt sollen der Stop der nordkoreanischen Atomprojekte sowie die entsprechenden Hilfen realisiert werden. Technische und Ablauffragen stehen im Mittelpunkt. Als Stolperstein im weiteren Prozess könnte sich allerdings Japan erweisen, dessen Regierung auf der Aufklärung der Frage des Kidnappings japanischer Staatsbürger besteht, bevor japanische Hilfe im Energiesektor an Nordkorea gegeben werden kann. Hier wird es wohl weiterhin Chinas Vermittlungsgeschick sein, dem große Bedeutung zufallen wird. (ST, 10.2.07; RMRB online, 24.3.07, nach BBC PF, 25.3.07; Ta Kung Pao online, 9.2.07, nach BBC PF, 10.2.07; Choson Il-

bo online, 9.3.07, nach BBC PF, 10.3.07; Yonhap, 6., 9.2.07, nach BBC PF, 7., 9.2.07; Xinhua, 6., 10.2., 22.3.07, nach BBC PF, 7., 11.2., 24.3.07)

Chinesischer Außenminister bereitet in Tokio den Weg für Wen Jiabao

Mitte Februar 2007 hielt sich der chinesische Außenminister Li Zhaoxing zu einem Besuch in Tokio auf, dessen einziges Ziel offenbar darin bestand, die am 11. April begonnene Reise Wen Jiabaos vorzubereiten. Ganz offensichtlich sollte hier gutes Wetter gemacht werden, um Verstimmungen im Vorfeld des höchstrangigen Besuchs eines chinesischen Regierungsvertreters seit dem Besuch Zhu Rongjis im Jahr 2000 zu vermeiden. Anlass dafür bestünden allerdings zur Genüge. Dennoch sind sich beide Seiten offenbar einig wie schon lange nicht mehr, dass Wens Staatsbesuch ein Erfolg werden muss.

Li Zhaoxing klammerte umstrittene Themen während seiner Reise durchaus nicht aus. Thematisiert wurden die chinesischen Befürchtungen hinsichtlich einer möglichen japanischen Verfassungsänderung und damit einhergehender Umgestaltung der japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte ebenso wie die umstrittene Seegrenze zwischen China und Japan. Themen mit der größten öffentlichen Sprengkraft wurden jedoch wohlweislich vermieden, so etwa der 70. Jahrestag des Massakers von Nanjing oder die Frage der euphemistisch als comfort women bezeichneten Zwangsprostituierten im Zweiten Weltkrieg. Stattdessen wurden Erfolge gemeinsamen Handelns wie etwa in den Sechs-

Parteien-Gesprächen über die nordkoreanische Nuklearproblematik betont, die nach öffentlicher Einschätzung Li Zhaoxings beispielhaft für eine positive Kooperation zwischen beiden Staaten gelten könnten.

Auch nach Abschluss seines Besuches ließ Li Zhaoxing sich nicht zu harscher Kritik an Premierminister Abe hinreißen, um die Reise Wen Jiabaos nicht zu gefährden. Abe war zuvor in Asien in die Kritik geraten, weil er geäußert hatte, es lägen keine Beweise dafür vor, dass die japanische Armee Frauen in die Prostitution für Angehörige der Armee gezwungen hätte. Auf einer Pressekonferenz Anfang März um einen Kommentar gebeten sagte Li Zhaoxing lediglich, Japan müsse sensitive historische Probleme wie etwa das Phänomen der comfort women korrekt behandeln, nannte in diesem Zusammenhang jedoch Abe nicht namentlich. Schenkt man allerdings der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap Glauben, so sind die Äußerungen Abes auch in der chinesischen Regierung nicht ohne Spuren geblieben. Als Reaktion darauf, so sei aus Beijinger Regierungskreisen zu vernehmen gewesen, sei der ursprünglich auf fünf Tage geplante Besuch Wen Jiabaos in Japan auf drei Tage reduziert worden. Der Staatsbesuch begann am 11. April. (SCMP, 16.2., 4., 7.3.07; ST, 17.2., 19.3.07)

Innenpolitik

Philipp Hetmanczyk und Katrin Willmann

NVK-Tagung: Reformkurs wird beibehalten

Vom 5. bis 16. März 2007, also zwei Tage länger als bislang üblich, traten die knapp 3.000 Delegierten des 10. Nationalen Volkskongresses (NVK) zum fünften und letzten Mal zur jährlichen Plenartagung in Beijing zusammen. Der nachfolgende 11. NVK wird sich im Jahr 2008 neu zusammensetzen. Parallel dazu fand in der Hauptstadt vom 3. bis 15. März die Jahrestagung der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes statt.

Die thematischen Akzente lagen in diesem Jahr erneut auf der Lösung sozialer und umweltpolitischer Probleme. Hierzu zählen der Ausgleich der Disparitäten zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung im Hinblick auf Einkommen, Bildungszugang, Gesundheitsversorgung und Altersvorsorge. Ferner wurden die ökologischen und energiepolitischen Probleme durch das jahrelang ungebremste Wirtschaftswachstum thematisiert (siehe dazu auch die Dokumentationen in den Rubriken Gesellschaft und Binnenwirtschaft in diesem Heft).

Für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im letzten Regierungsjahr, bevor im Herbst anlässlich des 17. Parteitages die Führungspositionen wieder bzw. neu besetzt werden, kündigte Ministerpräsident Wen Jiabao in seinem Arbeitsbericht ein niedrigeres Wirtschaftswachstum von 8%